Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark
Girokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89
Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt"
Schriftleiter: Erich Schmidt; Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und Kleine Anzeigen . . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
:-: Postscheckkonto Nr. 404 49 Amt Köln :-

Nummer 243 | Fernsprecher Nr. 1 | Laasphe, Freitag den 17. Oktober 1930 | 55. Jahrgang

Brünings Appell

Verbesserungsangebot zu den Notverordnungen — Ankündigung eines neuen Reformprogrammes für Wirtschaft und Finanzen — Gegen Abrüstungsverschleppung — Für eine starke Reichswehr

× Berlin, 16. Oktober.

Wie zu den beiden ersten Sitzungen des neuen Reichstags war der Andrang zu der Sitzung vom Donnerstagnachmittag wiederum außerordentlich stark. Auf der Tagesordnung stand die Erklärung der Reichsregierung. Abgeordnetenplätze und Tribünen waren dicht besetzt, als der Reichskanzler das Wort nahm.



Reichskanzler Brüning am Rednerpult.

„Das Wort hat der Herr Reichskanzler . ."

Reichskanzler Brünings große Rede.

× **Berlin,** 16. Oktober.

Auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung des Reichstags steht als erster Punkt die Entgegennahme einer

Erklärung der Reichsregierung.

Damit verbunden sind die Notverordnung vom 26. Juli, das Schuldentilgungsgesetz und 21 Anträge, die von den verschiedenen Parteien auf Aufhebung der Notverordnung, Aufhebung oder Revision des Young-Planes, auf Durchführung der Femeamnestie und in anderen inner- und außenpoltischen Fragen gestellt sind, sowie die Beratung der Mißtrauensanträge.

In der Loge des Reichspräsidenten wohnt der japanische Prinz Takamatsaru mit seiner Gattin der Sitzung bei.

Präsident **Löbe** teilt bei Eröffnung der Sitzung das Ergebnis der gestern vorgenommenen Schriftführerwahl mit und erteilt dem Reichskanzler das Wort zur Regierungserklärung.

Reichskanzler Dr. **Brüning** wird von den Kommunisten mit dem Ruf empfangen: „Nieder mit dem Hungerdiktator." Er beginnt seine Rede mit einem Hinweis auf die schwere Wirtschaftskrise, die sich nicht auf Deutschland allein beschränke. Sie werden von der Reichsregierung nicht erwarten, so erklärt der Kanzler, daß sie sich mit den Dingen der Vergangenheit beschäftigt. Die Reichsregierung legt ein

Wirtschafts- und Finanzprogramm

vor, mit dem sie die schlimmsten Wirkungen der wirtschaftlichen Krise zu beheben gedenkt. Voraussetzung für die Durchführung dieses Wirtschafts- und Finanzreformprogramms ist die

Aufrechterhaltung der Notverordnung,

die die Reichsregierung am 26. Juli 1930 erlassen hat. Die Reichsregierung fordert die Ablehnung der Anträge auf Aufhebung der Notverordnung. Diese Notverordnung ermöglicht die Balancierung des Reichshaushaltes und damit eine Durchführung der Sozialpolitik. (Lärmender Widerspruch bei den Kommunisten.) — Präsident Löbe ruft den Abg. Leow (Kom.) wegen seiner Zurufe zur Ordnung und kündigt schärfere Maßnahmen an. Die Reichsregierung wird sich der Beratung der Notverordnung im Reichstagsausschuß nicht widersetzen. Sie enthält unentbehrliche Vorschriften über die Gemeindefinanzierung und die Länderhaushalte.

Neue Einnahmequellen

sind durch sie erschlossen. Wichtige Teile der Sozialversicherung haben eine Gestaltung erhalten, die eine Rettung der Sozialversicherung erst möglich macht. Nicht zuletzt ist das Werk der deutschen Osthilfe durch sie in Angriff genommen. Das Defizit des laufenden Jahres wird auf eine Milliarde geschätzt. (Hört! Hört!) Mit neuen Steuern und Lasten

ist die Not nicht zu beheben.

Daher hat die Regierung sich bisher mit Anleihen beholfen. Aber inzwischen hat der Geldmarkt sein Gesicht verändert. Viele deutschen Kapitalisten haben in Verblendung und mangelnder Staatsgesinnung ihr Geld ins Ausland gebracht. — Lebhaftes Hört! Hört! Rufe bei den Kommunisten: „Da drüben (rechts) sitzen die Kapitalverschieber!" Hätte das Treiben dieser Elemente nicht unsere Finanzen auf das schwerste geschädigt, dann wäre der deutsche Geldmarkt wohl in der Lage gewesen, unseren dringendsten Finanzbedarf zu befriedigen. So waren wir genötigt, uns an das Ausland zu wenden. Vom Ausland haben wir die erforderlichen Mittel zu befriedigenden Bedingungen erhalten unter der Voraussetzung, daß die Ermächtigung zur Aufnahme und Tilgung der Anleihen durch Gesetz planmäßig festgelegt wird. Ich richte an Sie, meine Herren, die Aufforderung,

dasselbe Vertrauen

zur deutschen Wirtschaft und zur Regierung zu haben wie das Ausland.

Die Reichsregierung hat ihr Sanierungsprogramm bereits veröffentlicht. Seine Grundlage ist ein vollkommen ausgeglichener Haushalt für 1931, die Selbständigmachung der Arbeitslosenversicherung, Sparsamkeit auf allen Gebieten, auch bei den Gehältern (Unruhe), Vereinfachung des behördlichen Apparates, besonders auf dem Gebiet der Steuerverwaltung, sowie die Vorbereitung eines endgültigen Finanzausgleichs, durch den den Gemeinden auch Verantwortung für die Einnahmen auferlegt wird. Die Reichsregierung will keine dauernde Senkung des Reallohnes, sie will aber das unhaltbar gewordene deutsche Preisgebäude unter allen Umständen ins Wanken bringen. Das ist nicht zu erreichen, wenn nicht auch eine gewisse Beweglichkeit in die Gehälter und Löhne gebracht wird. (Unruhe links.)

Alle Stände des deutschen Volkes müssen Opferbringen (Rufe bei den Kommunisten: „Aber die Besitzsteuern werden gesenkt!") Dazu brauchen wir auch die Mithilfe der Beamtenschaft. (Abg. Torgler (Kom.): „Das ist immer wieder der alte Schmus!") Die Beamtenschaft wird das Opfer bringen trotz der Hetze mancher Kreise gegen das Berufsbeamtentum. (Rufe bei den Kommunisten: „Stegerwald!" — Abg. Möricke (Kom.) erhält einen Ordnungsruf.) Die Regierung wird alles tun, um möglichst viele Arbeitswillige und Arbeitsfähige

wieder in Arbeit und Brot zu bringen.

Unter allen Umständen aber wird sie eine ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen sicherstellen. Sie wird das Arbeitsschutzgesetz wieder vorlegen, dazu ein Bergarbeitergesetz, eine Neuregelung der Unfallverhütung und Sozialversicherung. Der Entwurf eines Tarifvertragsgesetzes geht seiner Vollendung entgegen. Unsere

Preispolitik

wird vor allem einen wichtigen Schritt zur Wiederherstellung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichtes bedeuten. Die Kohlenpreisbildung ist für die Selbstkosten der ganzen Produktion grundlegend. Die Ruhrkohlenindustrie hat sich bei den von der Regierung eingeleiteten Verhandlungen bereiterklärt, vom 1. Dezember ab die

Preise um 6 Prozent zu senken.

(Beifall bei der Mehrheit, Unruhe links.) Wenn nötig, wird die Regierung auch zu Zwangsmaßnahmen zur Preissenkung greifen. (Lachen links.)

Der Reichskanzler erörtert hierauf die Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft und fährt fort: Höchstes Ziel aller deutschen Innen- und Außenpolitik ist die

Wiedererringung der nationalen Freiheit.

(Großer Lärm bei den Nationalsozialisten. Abg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.) ruft: „Festungsstrafe gibt es für nationale Willenskundgebung!" Abg. Strasser (Nat.-Soz.) erhält wegen eines Zurufs einen Ordnungsruf.) Der Weg dazu kann nur der Weg des Friedens sein, eine Abenteurerpolitik lehnt die Reichsregierung ab. (Beifall in der Mitte.) Nachdem die internationalen Sachverständigen ihr Urteil abgegeben haben, ist die deutsche Wirtschaftslage von Monat zu Monat schlechter geworden. Wir erleben eine

Arbeitslosigkeit und einen Preissturz

von nie geahntem Ausmaß. Der Bank für internationalen Zahlungsausgleich ist in voller Absicht die Aufgabe zugewiesen worden, im Falle von Schwierigkeiten rechtzeitig Maßnahmen zur Behebung dieser Schwierigkeiten zu treffen.

Die Reparationspflicht darf nicht dazu führen, daß das deutsche Volk seiner sittlichen und sozialen Grundlage beraubt wird. Die unmittelbare Aufgabe der deutschen Regierung ist es, zunächst Ordnung im eigenen Hause zu schaffen. Das ist auch die Voraussetzung jeder gesunden Außenpolitik. Wir müssen eine Berücksichtigung unserer bedrängten Wirtschaftslage verlangen. Die Tatsache, daß man nicht einmal die Bedingungen des Versailler Vertrages, die zu unseren Gunsten sprechen, auf der Gegenseite eingehalten hat, ist nicht zu bestreiten. Die Versailler Vertragsbestimmung, daß der erzwungenen Abrüstung Deutschlands die freiwillige der anderen folgen werde, ist bisher nicht eingehalten worden. Die Reichsregierung muß unter diesen Umständen alles tun, um unsere Landesverteidigung im Rahmen der ihr gezogenen Grenzen zu sichern. Wir werden aber auch dafür sorgen, daß die Wehrmacht als festester Rückhalt unserer Volks- und Staatsgemeinschaft freigehalten wird von Einflüssen der Politik. (Beifall und Unruhe.)

Der Reichskanzler schloß mit einem Appell zur Einigkeit des ganzen Volkes. Die Gegensätze müßten vergessen werden. Schwere Opfer werden verlangt, aber sie werden den Weg zur Freiheit bahnen. (Beifall und Widerspruch.)

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte vertagt sich das Haus auf Freitag, 10 Uhr: Aussprache über die Regierungserklärung.

Das Reichstagspräsidium beim Reichspräsidenten.

Reichstagspräsident Löbe begab sich mit den übrigen Mitgliedern des Reichstagspräsidiums am Donnerstag zum Reichspräsidenten von Hindenburg zum Antrittsbesuch, wobei Löbe dem Reichspräsidenten insbesondere den neuen ersten Vizepräsidenten Abg. Stöhr (NS.) vorstellte; die übrigen Herren waren ja schon Mitglieder des vorigen Präsidiums und daher dem Reichspräsidenten bekannt.

Der Reichspräsident bat die Mitglieder des Reichstagspräsidiums, in Ernst und Einigkeit ihres Amtes zu walten, und dafür zu sorgen, daß bei den Verhandlungen die Würde des Reichstages gewahrt werde.

Auf des Messers Schneide.

In den Wandelgängen des Reichstages wurde am Donnerstag lebhaft über das Schicksal des Kabinetts Brüning diskutiert. Die Abstimmungen über die vorliegenden Mißtrauensanträge werden darüber Klarheit schaffen.

Man rechnet bestimmt damit, daß außer den Nationalsozialisten und Kommunisten auch Deutschnationale und Landvolkpartei der Regierung das Vertrauen versagen. Bestimmt rechnen kann Brüning bis jetzt nur auf die Stimmen des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Staatspartei und der Deutschen Bauern. Von den Sozialdemokraten befürchtet man, daß zum mindesten einige besonders radikale Abgeordnete der Abstimmung fernbleiben. Aus Kreisen der Wirtschaftspartei verlautet, daß kaum eines ihrer Mitglieder gegen das Kabinett stimmen dürfte, solange ein Angehöriger der Partei der Regierung angehört. Von den Christlich-Sozialen hört man, daß sie in der Debatte soziale Sicherungen verlangen werden, und daß sie von der Haltung der Regierung gegenüber diesen Forderungen ihre Abstimmung bei den Mißtrauensanträgen abhängig machen werden. Die Entscheidung wird also auf des Messers Schneide stehen.

Jede Fraktion hat zwei Stunden Redezeit erhalten zu Ausführungen über das Regierungsprogramm. Der Reichstag zählt zehn Fraktionen, dazu kommen die Splitterparteien, die für sich zusammen die Redezeit einer Fraktion in Anspruch nehmen können. Auf diese Weise käme, wenn die Redezeit wirklich von allen Fraktionen in Anspruch genommen würde, eine Debatte von 22 Stunden heraus. Die Sitzungen am Freitag und Samstag werden schon um 10 Uhr beginnen. Man hofft, daß es möglich sein wird, in den frühen Nachmittagsstunden des Samstag zu den entscheidenden Abstimmungen über Mißtrauensvoten und dergleichen zu kommen. Die Notverordnungen sollen einem Ausschuß überwiesen werden, und die Mißtrauensvoten sollen durch einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung erledigt werden.

Schon über 70 Anträge.

Obwohl der Reichstag erst drei Tage versammelt ist, liegen doch bereits über 70 Anträge und Interpellationen der verschiedenen Parteien vor.

Die Nationalsozialisten fordern Einleitung der notwendigen Schritte zur Aufhebung des Versailler Vertrages und der darauf aufgebauten Tributverträge. Weiter fordern sie Festsetzung des höchstzulässigen Zinssatzes auf 5 v. H., wovon mindestens 1 v. H. als Tilgung der Schuld zu verrechnen sind. Zuwiderhandlungen sollen wegen Wuchers mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft werden. Wer Geld oder andere Vermögenswerte im Auslande besitzt, hat dies dem zuständigen Finanzamt anzuzeigen und auf Verlangen das Geld nach Deutschland zurückzuführen, widrigenfalls Bestrafung wegen Landesverrats eintreten soll. Wechsel dürfen nur diskontiert werden, wenn der Nachweis eines Warengeschäftes erbracht ist; alle Termin- und Blankogeschäfte an der Börse sollen verboten sein, und der börsenmäßige Handel mit Wertpapieren soll aufgehoben werden.

Die Kommunisten fordern den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich. Ferner fordern sie, daß Abgeordnete keine Diäten erhalten, wenn ihr Einkommen 8000 Mark übersteigt. Die Konservative Volkspartei verlangt Verhandlungen über eine Revision des Young-Planes. Die Nationalsozialisten verlangen Aufhebung der Notverordnungen des Reichspräsidenten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen großen Antrag ausgearbeitet. Mit diesem Antrag wird ein Gesetzentwurf verlangt, der für die Dauer der außerordentlichen Arbeitslosigkeit die 40stündige Arbeitswoche vorsieht, unter gleichzeitiger Verpflichtung zur Einstellung neuer Arbeitskräfte. Außerdem sollen durch ein Gesetz die Einkünfte aus selbständiger Berufstätigkeit und aus Arbeitslohn auf die Pensionen und Wartegelder angerechnet werden. Ferner wird eine durchgreifende Preissenkungsaktion besonders für Grundstoffe der Industrie, der Lebensmittel und andere Gegenstände des Massenbedarfs gefordert.

Erweiterung der Schulpflicht gefordert.

Berlin, 17. Okt. In einem Antrag fordern die Sozialdemokraten die Reichsregierung auf, zur Entlastung des Arbeitsmarktes von jugendlichen Arbeitskräften schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Erweiterung der allgemeinen Schulpflicht unter Gewährung von Wirtschaftsbeihilfen reichsgesetzlich regelt.

Aussprache über die Landtags-Auflösung.

Zentrum gegen Nationalsozialisten.

× **Berlin,** 16. Oktober.

Wieder ist der Haupteingang zum Landtagsgebäude durch ein starkes Polizeiaufgebot gesichert. Die Publikumstribünen im Sitzungssaal sind stark besetzt.

Ohne Aussprache wurden im Preußischen Landtag sämtliche vorliegenden Anträge auf Streichung bzw. Kürzung der Abgeordnetendiäten dem Hauptausschuß zur Vorbereitung überwiesen.

Die allgemeine Aussprache über die Anträge auf Auflösung des Landtags usw. wurde fortgesetzt.

Abg. Dr. **Heß** (Z.) wies auf den Beschluß des Zentrumsvorstandes hin, wonach keinerlei Veranlassung vorliegt, Anträgen auf Auflösung des Landtages zuzustimmen. Angesichts der politischen Undurchsichtigkeit im jetzigen Reichstag sei es nur zu begrüßen, wenn in Preußen die Klarheit der Verhältnisse bestehen bleibe. Den deutschnationalen Zusatzantrag, der die Auflösung der Kommunalparlamente verlangt, lehne das Zentrum ab.

Das Zentrum glaube, daß das deutsche Volk auch wieder zur Vernunft gelange. (Unruhe rechts.) Wenn es sich herausstellen sollte, daß die Nationalsozialisten etwa Hand legen wollten an die deutsche Demokratie, dann würden sie dabei auf die schärfste Gegnerschaft des Zentrums stoßen. Da die Nationalsozialisten auch den Reichskanzler Brüning als ihren Gegner bezeichnet hätten, so sei das auch eine Kampfansage an die Deutsche Zentrumspartei. Das Zentrum nehme den Kampf auf, das weitere werde sich finden.

Abg. **Steuer** (Dnt.) erklärte, seine politischen Freunde seien dem Zentrum für die eben bekundete Nächstenliebe dankbar, doch hätte es dies doch besser gegenüber dem Zentrumskanzler Brüning anwenden sollen, der doch aus dem Wahlkampf eine Mehrheit für seine Regierungspartei hätte herausholen wollen. Das Vorgehen Brauns gegen die Beamten zeige wieder einmal, daß die Regierung bewußt rechts- und verfassungswidrig handele, um die parteipolitischen Ziele der Regierungsparteien mit staatlichen Mitteln zu fördern.

Abg. **Stendel** (DVp.) erklärte, die Deutsche Volkspartei stimme dem Antrag auf Auflösung des Landtages zu, nicht aber der Auflösung der Kommunalparlamente.

Abg. **Riedel** (Dem.) sprach sich gegen Auflösung des Landtages aus. Der Redner setzte sich eingehend mit der Wirtschaftspartei auseinander, deren Politik über unfruchtbare Kritik nicht hinauskomme.

Abg. **Mentz** (Wp.) verlangte Auflösung des Landtags, da dem Willen des Volkes entsprochen werden müsse. Niemals habe der Großkapitalismus so frech und anmaßend sein Haupt erheben können wie in diesem sogenannten sozialen Staat.

Abg. **Keller.** (Chr.-Nat. Bauernpartei) forderte erneut die Auflösung des Landtags zwecks Ausschaltung der Sozialdemokratie aus der Regierung.

Nach 17 Uhr wurde die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr vertagt. Außerdem Abstimmungen über die Auflösungsanträge.

*

Mißtrauensantrag gegen Braun abgelehnt.

Berlin, 17. Okt. Im Preußischen Landtag wurde der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die Regierung Braun mit 233 Stimmen der Regierungsparteien gegen 198 Stimmen der Opposition abgelehnt.

„Deutschland braucht Kapital . . ."

„Und in den Kellern der Bank von Frankreich liegen unproduktive Goldreserven" — sagt Dr. Luther.

Das Pariser Blatt „Volonté" gibt Interviews ihres Sonderberichterstatters mit Luther u. Dietrich wieder. Luther sprach sich für das vom Reichskanzler Dr. Brüning vorgelegte Finanzprogramm aus. Durch dieses Programm werde der deutsche Kredit eine solide Grundlage erhalten. Deutschland brauche Kredite, und zwar nicht nur kurzfristige, wie sie Deutschland teilweise von Frankreich bewilligt würden.

Das eigentliche Problem sei das Kapitalproblem, das mit dem Weltwirtschaftsproblem zusammenhänge. In den Kellern der Bank von Frankreich lägen unproduktive Goldreserven. Müßten die nicht zur Belebung der Transaktionen zwischen den Ländern dienen? Hier rühre man an die Kernfrage: Natürliche Verteilung des Goldes in der ganzen Welt. Auf die Frage, ob seiner Ansicht nach das neue Finanzprogramm die Ausführung des Young-Planes begünstige, erwiderte Dr. Luther: Dem ganzen Plan läge die Respektierung der auswärtigen Verpflichtungen zugrunde. Wenn es uns nach einer Uebergangsperiode gelingt, ihn ins Werk zu setzen, würde er die notwendigen Einnahmen für diese Zahlungen sichern.

Finanzminister Dietrich betonte, daß im Kabinett Brüning niemals eine Revision des Young-Plans oder gar ein Moratorium in Aussicht genommen worden sei. Wir wollen, so sagte er, unsere Verpflichtungen ausführen. Unsere Aufgabe ist es, die deutschen Finanzen in Ordnung zu bringen. Dietrich hält an dem bereits von ihm vertretenen Standpunkt fest, daß Deutschland eine zu vernünftigen Zinssätzen angebotene französische Anleihe annehmen solle.

Der Streik in Berlin.

Die Lage am Donnerstag.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat der Streik in der Berliner Metallindustrie keine Veränderung erfahren. Zu Ausschreitungen ist es nach den bisher vorliegenden Meldungen nicht gekommen. Die Streikleitung hat zwar Posten vor alle Betriebe gestellt, in denen die Belegschaft teilweise arbeitet, so besonders bei den Siemenswerken, doch hatte die Polizei keinen Anlaß, einzuschreiten.

Die Kommunisten entfalten dagegen eine rege Tätigkeit. Nachdem der Deutsche Metallarbeiterverband die Obleute der Streikenden zu einer Versammlung einberufen hat, in der über den Stand der Angelegenheit berichtet werden wird, hat die sogenannte „Rote Gewerkschaftsopposition" eine Kundgebung unter freiem Himmel anberaumt, zu deren Besuch sie alle Erwerbslosen auffordert. Gegen diese Sonderaktion veröffentlicht das Metallkartell eine Erklärung, in der es heißt, daß die „R. G. O." krampfhafte Versuche mache, die Einheitsfront der Metallarbeiter zu stören. Solchen Leuten dürfe kein disziplinierter Arbeiter folgen.

Ueber die Zahl der Streikenden werden nach wie vor widersprechende Angaben gemacht. Während die Gewerkschaften erklären, daß neun Zehntel aller Metallarbeiter im Kampf stünden, wird von Arbeitgeberseite erklärt, daß rund 25 Prozent aller Metallarbeiter in den Betrieben geblieben seien.



Reichsfinanzminister Dietrich spricht.

Ein Antrag im Reichstag.

In politischen Kreisen Berlins beschäftigt man sich mit den Auswirkungen des Berliner Metallarbeiterstreiks auf die parlamentarische Lage. Die Sozialdemokraten haben inzwischen einen Antrag im Reichstag eingebracht, durch den das Reichskabinett ersucht wird, auf den Reichsarbeitsminister dahin einzuwirken, daß der Schiedsspruch vom 10. Oktober nicht für verbindlich erklärt wird.

Im Reichstage bezweifelt man nicht, daß der sozialdemokratische Antrag eine Mehrheit findet; denn er wird sicher die 143 Stimmen der Sozialdemokraten, die 77 Stimmen der Kommunisten und auch die 107 der Nationalsozialisten auf sich vereinigen. Im ganzen ist also eine Mehrheit von über 300 Stimmen zu erwarten, ganz abgesehen davon, daß gewiß auch noch einzelne andere Gruppen für diesen Antrag eintreten werden. Danach ist also damit zu rechnen, daß der Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt, sondern der Versuch gemacht wird, durch neue Verhandlungen eine Einigung herbeizuführen.

Der Aufstand in Brasilien.

Amerika unterstützt die brasilianische Regierung. — Neuer Erfolg der Revolutionäre?

Einer Meldung aus Washington zufolge hat Staatssekretär Stimson bekanntgegeben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die brasilianische Bundesregierung voll und ganz unterstütze und amerikanischen Fabrikanten gestatten werde, Munition an die Bundesregierung, aber nicht an die Aufständigen zu verkaufen.

Wie aus Rivera (Uruguay) gemeldet wird, hat nach amtlichen Mitteilungen der Aufständigen die Vorhut ihres Heeres eine 1000 Mann starke Abteilung der Bundestruppen etwa 300 Kilometer von Sao Paulo entfernt gestern abend geschlagen.

Politische Tagesschau

←═ **Der Bergbau denkt an Kohlenpreissenkungen.** Berliner Meldungen berichten von Bestrebungen im Kohlenbergbau, die Entscheidung in der Frage des Berliner Metallarbeiterkonfliktes mit einer Ermäßigung der Ruhrkohlenpreise in Verbindung zu bringen. Mit dem Reichswirtschaftsminister sei über den Zeitpunkt und das Ausmaß einer Preissenkung noch nicht verhandelt worden, wohl aber werde gegenwärtig innerhalb der bergbaulichen Kreise eine Preissenkung erörtert, und von der Regierung erwarte man, daß sie entschlossen sei, diesem Preissenkungsprogramm nicht von der lohnpolitischen Seite her in die Arme zu fallen. Mit der Kohlenpreissenkung würde sowohl eine weitere Eisenpreissenkung ermöglicht werden, wie auch eine Verbilligung der Transportkosten für die Eisenbahn. Ferner scheine auch die Metallindustrie aus der Kohlenpreissenkung weitere preispolitische Konsequenzen ziehen zu wollen.

←═ **Dr. Schacht für einen wirtschaftlichen Europabund.** Wie aus New York gemeldet wird, hielt in einer Veranstaltung der Germanistischen Gesellschaft der Columbia-Universität der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht einen Vortrag über das Paneuropaproblem. Dr. Schacht betonte, daß dieses Problem nicht von der politischen Seite angefaßt werden dürfe, wie dies früher geschehen sei. Es sei nur dann denkbar, wenn man sich bei seiner Inangriffnahme von wirtschaftlichen Erwägungen leiten lasse. Dieser Weg biete den weiteren Vorteil, daß mit ihm auch die Lösung der politischen Probleme erleichtert werde, sobald eine gemeinschaftliche wirtschaftliche Prosperität als Grundlage vorhanden sei.

Aufhebung des Steuerabzuges vom Kapitalertrag bei festverzinslichen Wertpapieren.

Berlin, 17. Okt. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 9. Juni 1930 über steuerliche Erleichterung auf dem Gebiete des Steuerabzuges vom Kapitalertrag und der Verkehrssteuern hat die Reichsregierung nach Zustimmung des Reichsrates und eines Ausschusses des Reichstages am 10. Oktober 1930 eine Verordnung erlassen, wonach der Steuerabzug vom Kapitalertrag für die Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren sowie aus Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahngesellschaft aufgehoben wird. Derartige Wertpapiere im Sinne dieser Verordnung sind Anleihen, die in öffentlichen Schuldbüchern eingetragen sind, sowie Anleihen, über die Teilschuldverschreibungen ausgegeben sind. Die Verordnung gilt erstmals für die Zinsscheine, die nach dem 2. Januar 1931 fällig werden.

Dr. Scholz erkrankt.

Berlin, 17. Okt. Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Scholz, ist an einem Darmleiden erkrankt. Die Fraktion hat beschlossen, den Abgeordneten Dauch mit der Führung der Geschäfte zu betrauen.

Koch-Weser legt sein Mandat nieder.

Berlin, 17. Okt. Reichsminister a. D. Koch-Weser hat an den geschäftsführenden Vorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei einen Brief gerichtet, in dem er zum Ausdruck brachte, daß er sich nach den schweren politischen Entscheidungen der letzten Monate nicht mehr imstande fühle, an der Parteiarbeit führend und im Parlament mitzuarbeiten. Er werde deshalb sein Reichstagsmandat niederlegen. Wie man hört, wird auf der Reichsliste nunmehr der Jungvolksparteiler Winschuh an die Stelle Koch-Wesers rücken. Damit entfallen, wie aus staatsparteilichen Kreisen mitgeteilt wird, alle Gerüchte, daß die Jungvolksparteiler gleichfalls sich von der Staatspartei zurückgezogen hätten. Ebenso unrichtig ist, daß die Staatspartei im Reichstag wieder ihren alten Namen „Demokratische Partei" annehmen würde.

Früheres Ausscheiden von Generaloberst Heye aus dem Dienst.

Berlin, 17. Okt. Generaloberst Heye hat gebeten, den auf den 30. November 1930 festgesetzten Termin seines Ausscheidens aus dem Dienst auf den 31. Oktober 1930 vorzuverlegen. Im Hinblick auf die jetzige politisch besonders bewegte Zeit hält er es im Interesse des Heeres für notwendig, daß die Uebergabe der Geschäfte an seinen Nachfolger jetzt beendet wird, damit ganz klare Befehlsverhältnisse in der Heeresleitung geschaffen werden. Der Herr Reichspräsident hat dem Antrage stattgegeben. Generaloberst Heye ist seinem Antrage gemäß bis zum Tage seines Ausscheidens beurlaubt worden. Die Geschäfte des Chefs der Heeresleitung versieht Generalmajor Freiherr von Hammerstein-Equord.

Der sächsische Landtag fordert die Revision des Youngplanes.

Dresden, 17. Okt. Zur Frage der Revision des Youngplanes wurde in der Landtagssitzung ein bürgerlicher Antrag mit 82 gegen 12 kommunistische Stimmen angenommen, die Regierung zu ersuchen, auf die Reichsregierung einzuwirken, angesichts der wirtschaftlichen Lage mit allem Nachdruck und Beschleunigung sich zu bemühen, Verhandlungen für die Revision des Youngplanes einzuleiten. Ein kommunistischer Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, alle Zahlungen aus dem Youngplan sofort einzustellen, wurde gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten abgelehnt. Der Landtag vertagte sich darauf bis zum November.

Kurznachrichten.

— Die Beeinträchtigung der deutschen Wähler in Polnisch-Oberschlesien durch die polnischen Behörden nimmt immer größere Dimensionen an, so daß sich die deutschen Parteien Ost-Oberschlesiens veranlaßt gesehen haben, beim Generalwahlkommissar in Warschau Protest einzulegen.

— Eine Studienexpedition, die von einer amerikanischen Universität nach Prag geplant war, ist wegen der daselbst vorgekommenen antideutschen Ausschreitungen abgesagt worden.

— Das englische Luftfahrtministerium gibt bekannt, daß bei einem Flugzeugabsturz in der Nähe von London zwei Offiziere getötet worden sind.

— Auf der Strecke Madrid—Vigo entgleiste in der Nähe der Stadt Vigo ein Expreßzug. Zwei Personen, darunter der Zugführer, wurden getötet, etwa 20 Personen verletzt.

— Das Handelsamt in Washington erklärt über die Wirtschaftslage des Auslandes, diese weise keine Zeichen der Besserung auf. In Deutschland werde die Ueberwindung der Depression insbesondere durch politische Krisen erschwert, die in einigen Kreisen wahrscheinlich unbegründete Befürchtung verursacht hätten.

— Die britisch-indischen Behörden haben in Bombay neuerdings wieder nahezu 200 Personen wegen Widerstands gegen die Gesetze verhaftet.

Aus der Heimat

Freitag den 17. Oktober 1930

Gehören die Kreise Wittgenstein und Biedenkopf zu Hessen-Kassel?

Wir lesen in einer Kasseler Zeitung: In der Zeitschrift „Reich und Länder" (4. Jahrgang Heft 3) veröffentlicht Ministerialrat Rudolf Schmidt, Berlin, soeben einen sehr interessanten „Vorschlag einer Neueinteilung der preußischen Regiernugsbezirke — zugleich als Beitrag zur territorialen Reichsreform". Besondere Beachtung verdienen die Vorschläge des Verfassers, weil sie nicht allein seinen Gedanken entsprechen, sondern auf eingehender Erörterung mit einer großen Zahl von höheren technischen Verwaltungsbeamten aller Fachrichtungen und aller Provinzen im Rahmen des Berufsverbandes der höheren technischen Verwaltungsbeamten in Preußen, dessen Vorsitzender der Verfasser ist, beruhen. Immerhin betont der Verfasser, daß er nur einen ersten Versuch machen und eine Diskussionsgrundlage liefern wolle.

Einleitend behandelt der Verfasser neben anderen organisatorischen Fragen das wichtige Problem, ob der heutige Dualismus zwischen dem Oberpräsidenten und dem Regierungspräsidenten erhalten bleiben oder beseitigt werden soll. Der Verfasser will ihn beseitigen, und zwar dadurch, daß er dem Regierungspräsidenten wieder die ganze Verwaltung in die Hand geben, den Oberpräsidenten aber jeder Verwaltungszuständigkeit entkleiden will. Wie dies früher der Fall war, würde der Oberpräsident nur die Funktion eines politischen Vertrauensmannes der Staatsregierung behalten, wenn das staatspolitische Interesse eine derartige Stellung überhaupt noch erfordern sollte.

Dieser Zustand wird sich nach Ansicht des Verfassers dann eher erreichen lassen, wenn eine

Neuabgrenzung der Regierungsbezirke zu größeren Einheiten

vorgenommen würde. Für die Behandlung vieler verkehrspolitischer Fragen hätten sich die meisten preußischen Regierungsbezirke im Laufe der Entwicklung als zu klein erwiesen, die weiträumigere Zusammenfassung der Interessenkreise mache die Herstellung der notwendigen Kongruenz zwischen diesen Interessenkreisen und der staatlichen Mittelinstanz erforderlich.

Was den Vorschlag des Verfassers bezüglich der Neueinteilung der Regierungsbezirke betrifft, so werden für den heutigen preußischen Staatsbereich — außer Großberlin — vorläufig 20 mittlere Verwaltungsbezirke vorgeschlagen, auf deren Behörden die Verwaltungsaufgaben der heutigen 34 Regierungen, 12 Oberpräsidenten und 9 Landeskulturämtern zu übertragen sein würden. Für Ost-

preußen wird eine später durchzuführende Zusammenlegung der Regierungsbezirke ins Auge gefaßt, sodaß sich die endgültige Zahl der mittleren Verwaltungsbezirke auf 18 stellen würde. Hierbei hat der Verfasser die Auswirkungen einer territorialen Reichsreform bereits mitberücksichtigt.

Unter den Regierungsbezirken, die nach der Meinung des Verfassers aufzuheben wären, befinden sich in dem hier besonders interessierenden weiteren mitteldeutschem Gebiet die Bezirke: Erfurt, Hildesheim, Minden und Arnsberg. Den Kasseler Regierungsbezirk will der Verfasser in der Weise neu abgrenzen, daß ihm die bisherigen westfälischen Kreise Warburg, Höxter und Brilon, ein Teil des zur Provinz Hannover gehörigen Kreises Münden, sowie die hessen-darmstädtische Provinz Oberhessen zugeschlagen werden, der Kreis Hanau und die beiden Exklaven Kreis Herrschaft Schmalkalden und Kreis Grafschaft Schaumburg dagegen mit den benachbarten Bezirken vereinigt werden sollen. Der Regierungsbezirk würde nach dieser Neuabgrenzung 1,4 Millionen Einwohner und 15 400 Quadratkilometer Fläche aufweisen gegen einen gegenwärtigen Bestand von 1,1 Millionen Einwohnern und 11 000 Quadratkilometern Fläche.

Vom Standpunkte Hessen-Kassels aus wird man sich mit den Vorschlägen im großen und ganzen einverstanden erklären können, wenn auch die vorgeschlagene Grenzziehung nicht durchaus so verläuft, daß der neue Verwaltungsbezirk in allen Teilen mit dem hessen-kasselschen Wirtschafts- und Kulturgebiet übereinstimmte. So gehören die Kreise Biedenkopf und Wittgenstein zweifellos zu Hessen-Kassel, während der Vogelsberg als Grenzscheide auch bei einer künftigen Neueinteilung der Verwaltungsbezirke kaum wird übersehen werden können.

Wir halten es für gewagt, die Behauptung ohne jede Einschränkungen aufzustellen, der Kreis Wittgenstein gehöre zu Hessen-Kassel! Schriftl.

*

Wetteraussichten für Samstag: Vielfach neblig und teilweise auch wolkig, trocken, mild, südliche Winde.

Laasphe:

* **Ein Schwindler** suchte in der letzten Zeit die hiesige Gegend heim. Er gab an, die Berechtigung zu haben, eine Kollekte zu sammeln. Dies trifft jedoch nicht zu. Bei dem Herrn „Kollekteur" handelt es sich um einen Elsoffer Einwohner namens Br. Vor dem Schwindler sei hiermit gewarnt! Ein Strafverfahren ist gegen denselben bereits eingeleitet.

*

** **Feudingen.** Das hiesige Sägewerk Müller niedergebrannt. Heute nacht 3,45 Uhr wurde die Laaspher Freiw. Feuerwehr alarmiert, da im Sägerwerk Müller in Feudingen Feuer ausgebrochen war. Die Laaspher Feuerwehr eilte sofort mit der Motorspritze an die Brandstätte. Es war leider nicht mehr allzuviel zu retten. Zwei große Hallen und das Bürogebäude standen in hellen Flammen. Die Feudinger Feuerwehr hatte bereits den Kampf gegen das wütende Element aufgenommen. Die Flammen fanden in den Holzvorräten reiche Nahrung. Die beiden Hallen und das Bürogebäude sind vollkommen eingeäschert. Wie man erfährt, ist das Werk versichert gewesen. Die Brandursache ist unbekannt.

Ein Augenzeuge berichtet uns über den Brand: Die Feudinger Feuerwehr hatte, um ein Uebergreifen des Feuers auf drei gefährdet erscheinende Nachbarhäuser zu verhindern, die in Brand geratenen zwei Holzschuppen niedergerissen. Nur noch der Schornstein erhob sich über die flackernde Trümmerstätte. Es bestand die Gefahr, daß der Schornstein, der unten bereits rotglühend war, umschlug. Die Maschinen wie das Gatter standen mitten in dem Feuermeer. Zwei Personenautos waren schon den Flammen zum Opfer gefallen. Die Laaspher Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, den sehr großen Brandherd abzulöschen, was nach kurzer Zeit erledigt war.

** **Rüppershausen.** Gefährliche Körperverletzung brachte den Maurer Friedrich R. aus Rüppershausen auf die Anklagebank des Siegener Schöffengerichts. Am 2. Juni d. J. ließ er sich durch ein angebliches höhnisches Lächeln des Maurer Wilhelm R. verleiten, diesen mit einem dicken Knüppel über den linken Arm zu schlagen, so daß dieser brach. In der Hauptverhandlung wollte R. auf Notwehr sich verteidigen. Die Beweisaufnahme fiel aber zu seinen Ungunsten aus. Er wurde wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 80 RM. oder 16 Tagen Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. (Sieg. Ztg.)

** **Stünzel.** Eine rohe Tat vollbrachte der Maurer Ewald W. aus Stünzel zu Schameder am 2. 7. 30. Nachdem er mit dem Arbeiter Theodor H. und einigen anderen die ganze Nacht gezecht hatte, kam es zu Reibereien, in deren Verlauf W. eine Wagenrunge ergriff und damit den Arbeiter Theodor H. auf den Kopf schlug, so daß dieser einen Schädelbruch davontrug. W. wollte in Notwehr gehandelt haben. Er wurde vom Siegener Schöffengericht wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 50 RM. oder 10 Tagen Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. (Sieg. Ztg.)

** **Berleburg.** Urkundenfälschung und Betrugsversuch sollte die Ehefrau Therese D. von hier begangen haben. Eine ihr von dem Gerichtsvollzieher Kr. in Berleburg über gezahlte 100 RM. ausgestellte Quittung soll sie in 410 RM. abgeändert und zum Zwecke der Täuschung davon Gebrauch gemacht haben. Gefälscht ist die Quittung. Es konnte vom Siegener Schöffengericht aber nicht festgestellt worden, daß die Fälschung von der Ehefrau D. ausgegangen ist. Sie wurde daher auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. (Sieg. Ztg.)

** **Donsbach** b. Dillenburg. Mit flüssigem Eisen verbrannt. Der Former Wilhelm Nickel von hier verunglückte in der Gießerei dadurch, daß ihm flüssiges Eisen auf den rechten Fuß lief. Der Verletzte mußte dem Dillenburger Krankenhaus zugeführt werden.

** **Aus dem Kreise Frankenberg.** In den letzten Tagen werden in unserer Gegend für acht Wochen alte Ferkel das Paar 30—35 Mark bezahlt. Die Ställe sind überfüllt und es herrscht geringe Nachfrage nach Jungtieren.

** **Marburg.** Ein Lastzug verunglückt in der Todesschleife. Zwischen Lischeid und Winterscheid verunglückte ein Transportzug, bestehend aus Lastwagen mit Anhänger. Der Anhänger hatte sich vom Lastwagen gelöst und stürzte mit voller Wucht auf ihn. Der Lastwagen wurde völlig zertrümmert. Der Beifahrer wurde getötet, der Lenker wurde schwer verletzt in die Marburger Chirurgische Klinik überführt.

** **Marburg.** Autounfall im Nebel. Mittwoch morgen geriet auf der Groß-Seelheimer Landstraße ein Lastkraftwagen mit Anhänger aus der Fahrbahn und streifte die angrenzenden Obstbäume. Der Anhänger stürzte um und wurde beschädigt. Der Motorwagen wurde ebenfalls beschädigt. Als Ursache für den Unfall wird der starke Nebel angegeben.

** **Bochum.** Otto Dierichs tot! Mittwoch morgen verschied der Gründer des Niederrheinisch-Westfälischen Zeitungs-Verleger-Vereins, der bis zum heutigen Tage gleichzeitig 1. Vorsitzender des Vereins war, Herr Otto Dierichs. Ueber den Kreis seiner näheren Fachgenossen hinaus war er bekannt und beliebt. Geboren am 24. Juni 1869 trat er im Jahre 1895 in den Bochumer Anzeiger ein und hat von da an sein ganzes Leben der Presse gewidmet. Im Jahre 1908 gründete er den Niederrheinisch-Westfälischen Zeitungs-Verleger-Verein. Diese Gründung hat sich als außerordentlich fruchtbar erwiesen. Viele Auswüchse im Kampfe der Zeitungen untereinander konnten hierdurch verhindert werden. In schwerer Kriegs-, Inflations- und Besatzungszeit verstand er es, das Rückgrat der Verlegerschaft zu stärken. In zahlreichen anderen Aemtern hat er seine Kraft zur Verfügung gestellt. Im wesentlichen durch seine Mitwirkung wurde die Errichtung eines Zeitungswissenschaftlichen Institutes an der Landes-Universität in Münster i. W. möglich. Gleichzeitig arbeitete er im Hauptvorstande des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger an entscheidender Stelle mit. Viel zu früh wurde er seinem Arbeitskreis entrissen. Die niederrheinisch-westfälische Presse hat einen Führer verloren, für den sich schwer Ersatz finden läßt.

Die trostlose Lage des Handwerks

Aus dem Bericht der Handwerkskammer zu Arnsberg für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1930

Nach den Berichten der Innungsausschüsse des Kammerbezirks und unseren eigenen Beobachtungen ist die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage des Handwerks, wie nicht anders zu erwarten, den absteigenden Weg der deutschen Gesamtwirtschaft mitgegangen.

Hinsichtlich der Belebung des Baumarktes haben sich die Hoffnungen, die auf die zur Durchführung eines Herbstbauprogramms von der Regierung zur Verfügung gestellten Mittel gesetzt worden waren, noch nicht verwirklicht. Eine tiefe Mutlosigkeit haben die Aeußerungen in den Zentralstellen über den Zwang zum Preisabbau hervorgerufen. Der Druck auf einen 10prozentigen Abschlag von der Angebotssumme und die unverständige Art, mit der schematisch von unteren Verwaltungsstellen darauf gedrängt wird, diesem Druck nachzugeben, läßt eine Befriedigung der in Aussicht stehenden Aufträge nicht aufkommen, weil man von vornherein darüber klar ist, daß es sich um Verlustgeschäfte handeln wird.

Entsprechend der Lage im Bauhauptgewerbe waren auch die Baunebenhandwerkszweige nur unvollkommen beschäftigt. Das Malerhandwerk ist durch das Regenwetter an der Ausführung von Außenarbeiten besonders gehindert worden. Die Arbeiterentlassungen in der Bau- und Möbelschreinerei haben weiter zugenommen. Das Dachdeckerhandwerk ist ganz überwiegend mit Reparaturarbeiten beschäftigt gewesen. Das Elektro-Installateurgewerbe hat eine Besserung des Auftragseingangs nicht zu verzeichnen gehabt, hofft aber in den kommenden Monaten eine Belebung des Geschäftes durch verstärkte Anwendung der Lichtreklame und Zunahme der Zahl der Rundfunkhörer verzeichnen zu können. — Das Bekleidungshandwerk hätte zu mindest im Monat September eine saisonmäßige Belebung erfahren müssen. Leider ist davon in Folge der geringen Kaufkraft der Bevölkerung und der ungünstigen Witterung nicht viel zu merken, trotzdem z. B. das Schneiderhandwerk durch die Herabsetzung der Preise den Verhältnissen weitestgehend Rechnung zu tragen versucht. Im Schuhmacherhandwerk hat der Schluß der Ferienzeit eine kurze Steigerung der Aufträge gebracht. Die Lage ist aber keineswegs zufriedenstellend. Das Sattler- und Polstergewerbe leidet ebenfalls unter der Tatsache, daß die Deckung alles nicht vordringlichen Bedarfes zurückgestellt wird. — Das Friseurhandwerk hat zu beklagen, daß eine immer größere Zahl von Kunden dazu übergeht, sich selbst zu bedienen. — Ueber die Lage im Bäckerhandwerk läßt sich ein klares Bild nur schwer gewinnen. Auf der einen Seite hat auch hier die Beendigung der Reisezeit eine Besserung des Geschäftes gebracht. Auf der anderen Seite aber ist nach den vorliegenden Berichten das Borgunwesen immer weiter gestiegen und außerdem eine Verminderung des Betriebsergebnisses durch die Notwendigkeit, Rabatt zu gewähren, eingetreten. Das Brotgesetz selbst hat zunächst die Lage unheilvoll verwirrt, weil die Ueberwachung der Anwendung der vorgeschriebenen Mehlmischungen außerordentlich schwierig ist. Die Bevölkerung verhält sich dem neuen Brot gegenüber meist ablehnend und besonders in ländlichen Gegenden wird wieder zum Selbstbacken übergegangen oder ungesetzliches Brot aus anderen Bezirken, wo das Gesetz nicht genau beobachtet wird, eingeführt. Im Metzgerhandwerk hat die kühlere Jahreszeit ein etwas regeres Geschäft gebracht.

Die meisten Handwerkszweige klagen über recht erhebliche Zunahme der Schwarzarbeit.

Wieviel Telefongespräche werden im Kreise Wittgenstein geführt?

Die Einführung des Telefons ist ein großer Schritt der Technik nach vorwärts gewesen. Mußte man bis zu jener Zeit einen weiten Weg machen oder zeitraubende Briefe schreiben, um mit jemand anderem in Unterhandlungen zu treten, so brauchte man von da ab nur den Fernsprecher in die Hand zu nehmen, und in kürzester Zeit war die Verbindung über meilenweite Entfernungen hergestellt. Zunächst war die Beteiligung am Fernsprechnetz naturgemäß wie bei allen derartigen Neuerungen nicht so verbreitet wie heute, wo das Telefon aus dem Leben eines jeden Einzelnen kaum wegzudenken ist. Denn daß es für den Geschäftsmann wie für den Privatmann nötig, sehr nötig geworden ist, auch im Kreise Wittgenstein, das zeigt die Anzahl der von den Postämtern des Kreises Wittgenstein vermittelten Gespräche. Der Statistik aus dem Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer für das südöstliche Westfalen entnehmen wir folgende Zahlen, die sicherlich keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit erheben können, aber doch in der Lage sind, einen Ueberblick zu gewähren.

Die meisten Gespräche wurden demnach in Berleburg vermittelt. Während des vergangenen Jahres sind von dort aus 165 284 Gespräche geführt worden. Bevor man aus dieser hohen Zahl einen Schluß auf ein reges Geschäftsleben zieht, sei darauf hingewiesen, daß ein großer Teil dieser Gespräche sich daraus erklärt, daß in Berleburg die Verwaltung des Kreises sitzt und selbstverständlich bei der Statistik der Telefongespräche sehr ins Gewicht fällt.

Laasphe ist mit 131 021 Gesprächen angeführt. Bei einer Fernsprechteilnehmerzahl von etwa 160 ergibt sich für jeden Teilnehmer eine Durchschnittszahl von 819 Gesprächen im Jahr. Heute dürfte die Zahl der Gespräche, die das Postamt Laasphe vermittelt, sogar noch etwas höher sein, da mit einer Zahl von monatlich 10 000 Orts- und etwa 3500 Ferngesprächen zu rechnen ist. Obwohl diese Zahlen z. B. die Erndtebrücker weit übersteigen, ist die baldige Umstellung des hiesigen Fernsprechamtes in ein automatisches Amt leider nicht so wahrscheinlich wie in Erndtebrück, wo ja bekanntlich schon die Arbeiten, die für die Umstellung erforderlich sind, kürzlich ausgeschrieben worden sind. Hoffentlich verschließt man sich den nüchternen Zahlen nicht, die hier sprechen und behandelt Laasphe höheren Orts nicht so stiefmütterlich, wie man es zu tun gewillt scheint.

Für Erndtebrück sind 83 700 Gespräche angegeben. Auch eine stattliche Zahl.

Nach der Statistik wurden ferner in Schwarzenau 52 917 Verbindungen hergestellt, in Feudingen 30 608, in Girkhausen 11 240. Für Fischelbach sind 7794 Gespräche registriert. In der erwähnten Statistik sind auch die Gespräche aus solchen Orten zahlenmäßig angeführt, die in Wirklichkeit gar kein eigenes Fernsprechamt besitzen, sondern an andere Fernsprechanstalten angeschlossen sind. Natürlich ist es ein gewagtes Unternehmen, diese Gespräche, die doch nur an den Postanstalten insgesamt mit den andern gezählt werden, genau anzugeben, man hat wahrscheinlich die Gesprächszahl auch nur aus Durchschnittswerten berechnet. So ist Aue mit 609, Arfeld mit 247, Banfe mit 728, Elsoff mit 871, Leimstruth mit 342, Neuastenberg mit 661, Raumland mit 834 und Wunderthausen mit 584 Gesprächen einzeln angeführt.

Nach der Statistik sind insgesamt von den im Kreise Wittgenstein gelegenen Postanstalten im vergangenen Jahr 487 131 Gespräche vermittelt worden.

Verhaftung eines Kurpfuschers.

Montabaur, 17. Okt. Nachdem ihm in Frankfurt der Boden zu heiß geworden war, verlegte der Kaufmann Emil Neumann aus Alzey seine Praxis als „Arzt" nach dem Westerwald. Er „praktizierte" unter dem Namen Dr. Anton Lermann in Untershausen und besuchte hier eine Reihe von Kranken, denen er rasche Heilung versprach. Wenn Neumann die Kranken, die meistens an bösartigen Hautausschlägen oder Krampfadern litten, untersucht hatte, übersandte er seinen Patienten gegen Nachnahme wertlose Mittel, die sofort helfen sollten. Für die absolut werlosen Mittel mußten die Kranken Preise anlegen, die zwischen 9 und 28 Mark schwankten. Als diese Geldabschneiderei den Westerwäldern doch zu arg und von einer Heilung nicht die Spur bemerkt wurde, erstattete man Anzeige. Die Polizei nahm den „Herrn Doktor" fest. In seinem Besitz fand man ein Verzeichnis der Orte, die der gemeingefährliche Kurpfuscher besucht hatte. „Dr. Lermann" wurde nach Frankfurt transportiert.

„Bergwerksdirektor" Mosch wegen Meineides zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt.

Erfurt, 17. Okt. Das Erfurter Schwurgericht verurteilte den „Bergwerksdirektor" Mosch, gegen den wegen 15fachen Meineides und 21 falscher eidesstattlicher Versicherungen die Anklage erhoben worden war, zu sieben Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Die mitangeklagte Ehefrau wurde ebenfalls wegen Beihilfe zum vollendeten und versuchten Betrug in sieben Fällen zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt, es wurde ihr jedoch eine dreijährige Bewährungsfrist bewilligt. Die Schwägerin Moschs wurde freigesprochen, während der Kraftdroschkenbesitzer Karl Geißler aus Kottbus wegen fahrlässigen Falscheid vier Monate Gefängnis unter Bewilligung einer dreijährigen Bewährungsfrist gegen Zahlung einer Geldbuße von 300 Reichsmark erhielt.

Todesstürze von Wolkenkratzern.

New York, 17. Okt. In Wallstreet begingen zwei Männer dadurch Selbstmord, daß sie sich von Wolkenkratzern herabstürzten. Der eine sprang vom 13. Stockwerk des Equitable-Gebäudes in die Tiefe. Er stürzte auf einen Lastkraftwagen und erschlug mit dem Gewicht seines Körpers den Führer dieses Wagen. Der andere stürzte sich vom 24. Stockwerk des Singer-Gebäudes herab. Er fiel an der Broadway-Front angesichts tausender von Vorübergehenden auf einen Vorsprung des 14. Stockwerks, wo er tot liegen blieb.

Turnen * Spiel * Sport.

Fußballklub Laasphe. Am kommenden Sonntag fährt die 1. Mannschaft des FC. Laasphe zum fälligen Verbandsspiel nach Wetter. Diejenigen, welche an der Fahrt teilnehmen wollen, werden gebeten, sich bis heute Abend beim Spielführer Ad. Heinzerling anzumelden.

Emil Jannings
als Verbrecherkönig

Sonntag
4¼ 8½ Uhr

Riff und Raff
ein 6-Akter Lustspiel zum Totlachen

Zum Herbst



reiche Auswahl in schönsten Damenmänteln und Kleidern, die hervorragend im Schnitt, im Stoff und in der Arbeit sind,

finden Sie bei

Fr. Vomhof
Erndtebrück

Bekanntmachung

Die Oberförsterei verkauft freihändig

1. aus dem **Schutzbezirk Herbertshausen:**
   70,75 rm Eichen-Knüppel
   17,30 „ „ -Knorrholz
   0,30 „ Fichten-Knüppel
2. aus dem **Schutzbezirk Augustenhof II:**
   37,00 rm Buchen-Scheite
   6,40 „ „ -Knüppel
   6 Stück Buchen-Astreishaufen.

Näheres zu erfahren bei dem Herrn Hegemeister Vetter, Augustenhof und Herrn Förster Bernshausen, Hofbreitenbach.

Fürst Wittgenstein'sche Oberförsterei
Feudingen zu Saßmannshausen.

Bekanntmachung.

Die Oberförsterei Erndtebrück hat noch einige **Wiesen- und Streuteile abzugeben.**

Interessenten wollen sich auf dem Geschäftszimmer der Oberförsterei melden.

Fürstliche Oberförsterei Erndtebrück.

M.-G.-V. „Eintracht" Laasphe.

Die heutige **Übungsstunde fällt aus.**

Der Vorstand.

Sämtliche Drucksachen
liefert preiswert
Buchdruckerei
E. Schmidt
Laasphe.

Freiwillige Feuerwehr Laasphe.

Uebung
Sonntag den 19. d. Mts.
Antreten der Wehr 7.15 Uhr vorm. am Spritzenhaus.

Der Brandmeister.

S. G. V.
Abteilung Laasphe.

Die
Tour nach der Sackpfeife
findet am kommenden Sonntag, den 19. 10. statt.

Abfahrt 6⁵¹ Uhr vom Bahnhof, Laasphe.

Frisch auf!
Der Wanderrat.

Schwache Nerven
sind die Grundursachen der meisten Krankheiten. Bei Blutarmut, Herzklopfen, Schwächezuständen aller Art, Zittern, Appetitlosigkeit, nervösen Magenbeschwerden soll man Doppelherz, das anerkannte Nervenkräftigungsmittel nehmen. Verblüffende Erfolge. Probeflasche M 2,50 große Flasche 4,50 u. 5,50

Turn-Verein Laasphe

Am **Sonntag den 19. Okt. 1930** findet unser

Vereins-Abturnen

auf dem Platz vor der Turnhalle statt.

Antreten des Vereins beim Vereinslokal punkt 1 Uhr.
Beginn der Wettkämpfe: ½2 Uhr.

Der Vorstand.

Billige Hauswäsche
Viele Tausend **weiße** Mehlsackstoffe, **Preis per Stck. 78 Pfg.** Diese Mehlsackstoffe sind fehlerfrei, ohne Schrift und Farbaufdruck und eignen sich vorzüglich für jegliche Art Hauswäsche, auch Bettlaken, Vorhänge usw. Prima schneeweiße Ware. Unzerschnitten in einer Länge. Versand direkt an Private nicht unter 10 Stck. Bei 50 Stck. porto- u. verpackung frei Versand erfolgt p. Nachnahme. Garantie. Rücknahme bei Nichtgefallen.
Bremer Grosshandelshaus
Bremen, Postf. 822

Bauschule
Rastede i. Oldbg.
von **C. Rhode,** zwei Semester Progr. frei.

Vortrag
von Hildegard Obsner, Dipl.-Lehrerin der Eurythmie, Siegen über das Thema:
„Was ist Eurythmie"
am **Freitag abend 8 Uhr** im Handarbeitsraum der Volksschule.

Zur Unkostendeckung wird ein **Eintritt von —.50 Mk. erhoben.**

Wir geben hiermit bekannt, daß wir unser Stammkapital von RM. 80 000 durch Uebernahme von Geschäftsanteilen auf RM. 130 000 erhöht haben. Gleichzeitig erklären wir hiermit, daß wir das Stammkapital um RM. 60 000 auf RM. 70 000 herabsetzen wollen und bitten unsere Gläubiger, sich bei unterzeichneter Gesellschaft zu melden, falls sie mit der Herabsetzung nicht einverstanden sein sollten.

Laasphe, den 14. Oktober 1930.

„Mirella"
Fabrik elektr. Koch- u. Heizapparate
G. m. b. H.

Kirchlicher Anzeiger.
Ev. Gemeinde Laasphe.

18. S. n. Trin.
Erntedankfest
10 Uhr: Gottesdienst mit anschließender Vorbereitung und Feier des heiligen Abendmahles. P. Bauer.
Kollekte zur Förderung des Studiums der ev. Theologie.
5 Uhr Feier des Kindergottesdienstes. P. Heynen.

Kath. Gottesdienst in Laasphe.
Sonntag, den 19. Oktober 1930, vorm. ½11 Uhr.

KAFFEE HAG
coffeinfreier Bohnenkaffee
hocharomatisch und bekömmlich
stets frisch bei: **J. J. Metz, Laasphe**

Die Perlen der Frau von Hennig

Roman von A. v. Hahn

24]

Nachdruck verboten.

Edith hatte gerade ihren Brief an Frau von Soden beendet und auch ein paar Zeilen an ihren geliebten Freund verfaßt, die ihm in zarten Andeutungen verrieten, wovon ihr Herz bis zum Ueberfließen voll war, da trat Anna nach kurzem Anklopfen wieder ein und trug ein reichbedecktes Speisenbrett herein.

„Was bringen Sie denn da?" fragte Edith überrascht, den Berg Schüsseln und Teller übersehend, die eine Unzahl zierlich und mundrecht zurechtgemachter Portionen enthielten. „Das ist ja ein Essen für zehn Personen", lachte sie.

„Herr Dittmann befahl mir, hier für Sie zu decken", sagte Anna, geschäftig ein Tuch über den Tisch breitend.

„Nehmen Sie das alles gleich wieder mit fort", sagte Edith. „Um Sie aber nicht umsonst bemüht zu haben, will ich diese zwei Brötchen hier behalten. So, nun können Sie das Brett gleich wieder mit fortnehmen!"

„Ich dachte es mir ja gleich; aber Herr Dittmann bestand doch darauf", lachte Anna mit versteckter Schadenfreude. „Wünschen Sie sonst vielleicht noch etwas?"

„Nein, ich danke, Anna. Ich will mich gleich hinlegen."

„Gute Nacht, Fräulein, und angenehme Ruhe!"

Edith verschloß ihre Briefe, versah sie mit Adressen und Marken, von denen sie einen Vorrat in ihrer Briefmappe hatte, und ging mit den Briefen leise die Treppe hinunter. Sie hatte in der Halle einen Briefkasten bemerkt, der gewiß zur Benutzung für alle Hausgenossen dort angebracht war. Wenn sie die Briefe noch heute hineinschob, wurden sie morgen früh mit der ersten Gelegenheit befördert und gelangten vielleicht morgen noch an ihr Ziel.

Auf leisen Sohlen glitt sie unten über die Fliesen in der Vorhalle. Sie wollte es vermeiden, Herrn Dittmann in den Weg zu laufen, um nicht noch einmal in eine Unterhaltung mit ihm verwickelt zu werden. Die Halle war nicht erleuchtet; aber sie hatte sich die Stelle gemerkt, und tastete sich vorsichtig bis zu dem Briefkasten hin, ihre Briefe hineinschiebend.

Da horchte sie plötzlich erschrocken auf. Sie hörte Dittmanns Stimme hinter der Tür, neben welcher der Briefkasten hing und an der sie jetzt vorüber mußte, wenn sie zurückging. Im nächsten Augenblick schon wurde diese Tür von innen aufgestoßen, und Dittmanns schwarzer Kopf erschien in dem hellen Spalt.

„Anna!" rief er laut in die Halle hinaus, und zog sich wieder zurück, ohne aber die Tür zu schließen.

„Rufe doch nicht immer so laut; ich erschrecke jedesmal", wimmerte eine grämliche Frauenstimme. „Wozu habe ich denn überall die teure elektrische Leitung anbringen lassen, wenn sie nicht benutzt wird? Auf deine Veranlassung geschah es doch!"

„Man kann bei dir wahrhaftig toll werden!" tobte Dittmann zornig los. „Das geht nun seit einer halben Stunde so! Für deine Umgebung bist du wirklich unerträglich geworden."

„Ach, wenn ich es dir nur geworden wäre", kam es gehässig zurück, „ich würde die Stunde segnen!"

„Davon bin ich überzeugt", fiel er in demselben Ton ein, „aber sei nur ganz ruhig — ich weiche nicht."

Edith war zwar augenblicklich durch die Tür, hinter welcher sie lehnte, gedeckt; aber um so peinlicher war ihre Lage. Wenn jetzt jemand die Halle erleuchtete und man sie hier entdeckte, kam sie sicherlich in den Verdacht, mit Absicht gelauscht zu haben; wollte sie aber das Versteck verlassen, dann mußte sie über den Lichtstreifen gehen und wurde vom Zimmer aus gesehen. Auch dann konnte man sie einer indiskreten Absicht verdächtigen.

„Da siehst du, was dein Rufen nützt!" hob die grämliche Stimme wieder in nörgelndem Ton an. „Klingle doch endlich!"

Wieder kam Dittmanns Schatten in den Lichtkreis, und Edith sah an dem Schattenbild, daß er der Weisung nachkam. Lange hielt er die Hand auf den Knopf, während aus einem entfernteren Teil des Hauses ein gellendes Läuten herüberschnurrte.

„Schrecklich, diese Heftigkeit!" jammerte die Frauenstimme in großer Aufregung. „Hast du denn kein bißchen Rücksicht mehr für mich übrig? Aber freilich, du mußt dich ja in anderer Hinsicht zuviel zersplittern. Lange werde ich diese Wirtschaft nicht mehr dulden, dessen sei gewiß!"

„Fange doch nicht wieder das alte Thema an", wehrte er unwirsch ab. „Diesmal wirst du schon beim ersten Blick bekehrt sein. Lächerlich, diese Verdächtigungen! Dieser Person gegenüber geradezu kindisch — die verkörperte Reinheit und Unschuld!"

„Bringe sie mir nicht!" kreischte die Leidende. Edith war gewiß, daß Frau Müller die Sprecherin war. „Ich kenne den Wert der von dir angepriesenen Unschuld!"

„Ueberzeuge dich erst, und dann urteile!" widersprach er heftig.

„Ich will aber nicht! Du wirst mich nicht dazu zwingen, deine Extravaganzen zu unterstützen! Es ist schrecklich", fuhr sie weinerlich fort, „wie sehr ich unter deiner Tyrannei leide, und doch sollst du mich diesmal nicht nachgiebig finden!"

„Und ich sage dir, du wirst vernünftig sein!" betonte er, und wie geheime Drohung zitterte es durch seine Worte. „Du wirst Fräulein Henke empfangen, wie Sie es als deine Gesellschafterin erwarten darf."

„Ich brauche und will keine Gesellschafterin!" beharrte sie heftig bei ihrem Widerspruch.

„Wohl brauchst du eine vernünftige Person um dich!" donnerte er den Einwurf nieder. „Unter dem Einfluß dieser alten Christine geht der Rest deiner Vernunft auch noch zum Teufel!"

„Meine Gesellschafterin!" lachte die Kranke gellend auf.

„Nun, gleichviel, du wirst dich fügen", drohte er finster, wie vorher. „Hast du mich verstanden? Ich bestehe darauf!"

„O Gustav, Gustav, was hast du aus mir gemacht! Wohin hast du mich gebracht!" stöhnte die Leidende verzweifelt. „Das Kind, mein Lebensglück, meinen Trost, hat mir Gott genommen, weil ich deinem Rat nachgab. Ich weiß, es war die Strafe für die große Schuld. Krank, elend, zum Schatten bin ich in deiner Sklaverei geworden, und jetzt willst du mir auch noch die letzten Menschenrechte nehmen —"

„Still — Anna kommt!" mahnte er rauh.

Anna mußte von der entgegengesetzten Seite in das Zimmer getreten sein.

„Hast du das Klingeln und Rufen denn nicht gehört?" wandte sich die Kranke heftig an das Mädchen. „Wenn es meine Bedienung gilt, dann seid ihr nie zu haben!"

„Christine hatte mich in den Garten geschickt, Frau Oberamtmann. Ich sollte dem Gärtner Bescheid sagen, wie Frau Oberamtmann es mit den jungen Kirschbäumen haben will", entschuldigte sich Anna mit ziemlich unverhohlenem Trotz.

(Forts. folgt.)